

Digitalisierung in Dienst gleichwertiger Lebensverhältnisse stellen



Eschau © Leonid Andronov, Fotolia.com

Von Dr. Jürgen Heyer

Städte und Gemeinden in Deutschland müssen die Digitalisierung aktiv für eine bessere Daseinsvorsorge und den regionalen Zusammenhalt nutzen. Dies war die zentrale Botschaft der Jahrestagung des Deutschen Verbandes für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung (DV) am 6. Juni 2018 in Berlin. Denn die Menschen werden nur dann langfristig in dünn besiedelten Räumen bleiben, wenn es dort schnelles Internet, attraktive Jobs, medizinische Versorgung, Verkehrs- und Bildungsangebote gibt. Gleichzeitig gilt: Wenn die Menschen den Eindruck bekommen, es kümmert sich niemand um ihre Bedürfnisse und Probleme, wenden sie sich ab oder gehen sogar auf die Straße. Klar ist aber auch: Gleichwertigkeit bedeutet nicht Gleichheit. Die Daseinsvorsorge kann und soll je nach Region durchaus unterschiedlich aussehen. Allerdings brauchen die Akteure in den Städten und Gemeinden ausreichend Unterstützung für die Gestaltung neuer, kreativer und lokal angepasster Lösungen.



IN DIESER AUSGABE

<p>Auf dem Land mobil und vernetzt Interreg-Akteure der ostdeutschen Bundesländer tauschen sich im Rahmen der Kooperation „TransRegio Alliance“ zur verkehrlichen Anbindung ländlicher Regionen aus</p>	Seite 4
<p>Digitalisierung für Planungsprozesse und Sektorkopplung nutzen AG Städtebau und AG Energie setzen sich mit digitaler Transformation auseinander</p>	Seite 6
<p>Deutsche Kommunen können weiterhin auf EU-Förderung hoffen Verordnungsentwürfe für die europäischen Strukturfonds veröffentlicht</p>	Seite 7

Lösungen suchen statt Probleme benennen

Bei der Jahrestagung des DV diskutierten rund 180 Teilnehmer die Chancen und Herausforderungen durch die Digitalisierung. „Für gleichwertige Lebensverhältnisse haben Klein- und Mittelstädte eine Schlüsselrolle“, sagte Marco Wanderwitz, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat. Ende Juni 2018 wolle sein Ministerium die Heimatinitiative vorstellen. Zudem wies Wanderwitz auf die Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ hin, die das Kabinett am Tag der Jahrestagung verabschiedet hatte.

Katrin Lompscher, Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnen in Berlin, sagte mit Blick auf den Breit-

AUTOR

Dr. Jürgen Heyer ist Präsident des Deutschen Verbandes für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e.V.

bandausbau: „Wenn man die notwendige ‚Hardware‘ nicht hat, sind die Risiken der Digitalisierung größer als die Chancen.“ Durch die zunehmende Verflechtung zwischen Stadt und Land seien zudem leistungsfähige Verkehrsinfrastrukturen und Mobilitätsangebote notwendig. Grundlage bildeten eine gemeinsame polyzentrische Landesentwicklungsstrategie von Berlin und Brandenburg sowie funktionierende Kooperationsstrukturen – sowohl zwischen Stadt und Umland, als auch zwischen Senat und den Bezirken.

Dr. Kirsten Witte, Direktorin bei der Bertelsmann-Stiftung, forderte ein Umdenken und einen offeneren Umgang mit der Digitalisierung: Die Diskussion sei hierzulande oft angstgetrieben: Statt über machbare Lösungen zu sprechen, benenne man nur Probleme. Zudem müsse man die digitale Wende steuern, damit auch die Kommunen mit weniger guten Voraussetzungen von der Entwicklung profitieren und nicht abgehängt bleiben.

Daseinsvorsorge sichern: Was kann die Digitalisierung leisten?

Bei der Podiumsdiskussion standen die Chancen der Digitalisierung für verschiedene Aspekte der Daseinsvorsorge im Vordergrund, etwa für Bildung, Gesundheitsversorgung, Mobilität oder smarte Vernetzung und Beteiligung.

Dr. Christa Standecker, Geschäftsführerin der Europäischen Metropolregion Nürnberg, stellte heraus, dass 62 Prozent der Menschen in Deutschland Pendler sind. Dementsprechend konzentrierte sich die Metropolregion Nürnberg auf das, was zwischen Klein-, Mittel- und Großstädten passiert. Gerade in ländlichen Gebieten der Metropolregion gebe es viele familiengeführte Weltmarktführer und gleichzeitig einen großen Fachkräftemangel. Dem begegne man z. B. mit flächendeckenden Bildungsbüros, Überlegungen zu Pendlerbussen, in denen gearbeitet werden kann, und generell landkreisübergreifendem Denken. Prof. Dr. Bertram Häussler, Vorsitzender der Geschäftsführung, im IGES Institut berichtete, dass Gesundheit den Menschen heute wichtiger sei als Freiheit und Erfolg, was eine starke Verschiebung der Prioritäten zu früheren Jahren bedeute. Gerade strukturschwache, ländliche Gebiete hätten häufig aufgrund der Naturnähe ein gesundes Umfeld, litten aber gleichzeitig unter Ärztemangel. „Die Digitalisierung kann das Spiel wenden“, so Häussler. Dafür müssten aber orts- und zeitunabhängige Arztkonsultationen möglich sein, wie etwa Online-Konsultationen mit dem Arzt in der nächstgrößeren Stadt.

Tobias Jensch, Leiter der Abteilung Angebotsplanung und Tarif, Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt GmbH (NASA), erklärte, wie ein Strategiewechsel im öffentlichen Nahverkehr zum Haltefaktor für dünn besiedelte Regionen werden kann. Dafür wurde etwa die Taktung eines Hauptbusses („Servicebus“) zwischen Gemeinden im Burgenlandkreis deutlich erhöht. In den angefahrenen Ortschaften passte die NASA weiterführende Verkehrsangebote wie Anruftaxis oder Bürgerbuslinien an den Fahrplan des Servicebusses an, um ein reibungsloses Umsteigen zu ermöglichen. Christoph Meineke, Bürgermeister der Gemeinde Wennigsen südlich von Hannover, erzählte, wie smarte Vernetzung im ländlichen Raum gelingen kann. Der Einstieg ins Digitale sei mit der Teilnahme an der Initiative „Wiki loves monuments“ gekommen, bei der Wennigsen der erste kommunale Partner von Wikimedia Deutschland e.V. war. Dabei veröffentlichte die Stadtverwaltung online eine Liste mit Denkmälern aus Wennigsen. Aus den Diskussionen dazu sei zunächst eine Plattform und schließlich 2011 ein Fachausschuss für Digitales entstanden. „Kommunen sollten partizipative Möglichkeiten nutzen, um die Digitalisierung voranzubringen. Allerdings müssen sie sich vorher die Frage stellen, wo sie damit hinwollten und wie die Digitalisierung das Leben vor Ort konkret verbessern kann“, resümierte Meineke.

Kommunen müssen jetzt aktiv werden

Ausgangspunkt für die Jahrestagung waren zwei Megatrends: Die wachsenden Unterschiede zwischen den Regionen auf der einen Seite und die digitale Transformation auf der anderen. Die neuen Technologien bieten viele Chancen für periphere Räume, etwa wenn es um Homeoffice, Telemedizin, Rufbusse oder Online-Handel geht. Gleichzeitig besteht die Gefahr, dass sich die digitale Wirtschaft künftig noch mehr auf die städtischen Metropolregionen konzentriert, wo es hochwertige Arbeitsplätze, mehr Fachkräfte, ein attraktives Kultur- und Freizeitangebot und bessere Infrastrukturen gibt. Die Teilnehmer der Jahrestagung waren sich einig, dass Kommunen und Regionen jetzt handeln müssen, damit sich die Waagschale in die gewünschte Richtung neigt: Es gilt, Kompetenzen, Strukturen und Modelle der Zusammenarbeit zu überprüfen und bei Bedarf neu auszurichten. Nur so kann die Digitalisierung in den Dienst gleichwertiger Lebensverhältnisse gestellt, können Unterschiede zwischen den Regionen verringert und der Druck auf die Wachstumsräume gestoppt werden.



DV Geschäftsstelle für Baulandkommission des Bundes

Für mehr bezahlbaren Wohnraum ist die ausreichende Bereitstellung von Bauland unabdingbar. Das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat wird daher eine Expertenkommission „Nachhaltige Baulandmobilisierung und Bodenpolitik“ (Baulandkommission) einsetzen. Der DV hat bereits 2014 im Rahmen des Bündnisses für bezahlbares Wohnen und Bauen die AG Aktive Liegenschaftspolitik koordiniert und wird nun die neue Kommission als Geschäftsstelle fachlich und organisatorisch begleiten. Die Ergebnisse sollen vor der Sommerpause 2019 vorgestellt werden.

DV organisiert Parlamentarisches Frühstück mit Bauausschuss

Der DV hat die Mitglieder des neuen Bauausschusses zu einem Parlamentarisches Frühstück getroffen. DV-Präsident Jürgen Heyer zeigte sich zufrieden, dass sich viele Empfehlungen des DV zur neuen Legislaturperiode im Koalitionsvertrag wiederfinden. In Kurzstatements stellten die Vorsitzenden der Arbeitsgruppen des DV zentrale Themen der Verbandsarbeit vor. Der Ludwigsburger Oberbürgermeister Werner Spec berichtete zu Energiewende und Digitalisierung, die Staatssekretärin a.D. Oda Scheibelhuber zur Wohneigentumsbildung und die Staatssekretärin a.D. Hella Dunger-Löper zur europäischen Regionalpolitik. Generalsekretär Christian Huttenloher stellte den Bereich Boden- und Baulandpolitik vor. Der DV führt den Dialog mit den Abgeordneten fort. So haben Dr. Anja Weisgerber (CSU) und Bernhard Daldrup (SPD) am 4. Juli 2018 an der Sitzung der AG Wohnungswesen zur Wohnungs- und Städtebaupolitik der Großen Koalition teilgenommen, den Vorsitz führte Lutz Basse.

Städte bei Energiewende unterstützen: DV in Arbeitsgruppe der Internationalen Energieagentur

Der DV ist Mitglied einer Arbeitsgruppe der Internationalen Energieagentur (IEA), die sich mit den Belangen von Städten und Gemeinden beschäftigt. Entscheidungen auf kommunaler Ebene können erhebliche Auswirkungen auf den Einsatz von Technologien haben. Gerade in kleineren Städten und Gemeinden fehlt es allerdings an Kenntnissen und Ressourcen, um die Energiewende zu bewältigen. Ziel der Arbeitsgruppe ist es, den Informationsbedarf der Städte zu identifizieren und in Forschungsfragen für kurzfristige Projekte und Forschungsaufträge der IEA zu übersetzen. Die Ergebnisse sollen städtische Entscheidungsprozesse zur Umsetzung der Energiewende verbessern.

Energieeffiziente Sanierungsfahrpläne: DV informiert bei Berliner Energietagen

Auf den 19. Berliner Energietagen im Mai 2018 stellte der DV mit der B.&S.U. mbH und der HFT Stuttgart Erkenntnisse aus dem Verbundforschungsvorhaben „Drei-Prozent-Projekt – energieeffizienter Sanierungsfahrplan für kommunale Quartiere 2050“ vor. Dabei ging es vor allem darum, welche Handlungsmöglichkeiten Kommunen haben, um Selbstnutzer und Kleinvermieter im Rahmen von energetischen Quartiersansätzen mittels Sanierungsfahrplänen zu unterstützen. Ein weiterer Schwerpunkt lag auf der Optimierung von Entscheidungsprozessen in Wohneigentümergeinschaften bei energetischen Sanierungsmaßnahmen

Auf dem Land mobil: Dialog zwischen Interreg-Akteuren in den ostdeutschen Bundesländern

Kooperation „TransRegio Alliance“ setzt sich für Anbindung ländlicher Regionen ein

Für die Entwicklung ländlicher Räume ist eine gute Verkehrs-anbindung mit Bus und Bahn wichtig. Allerdings sind in Schrumpfungsregionen und in wachsenden ländlichen Räumen im Umland von Metropolen unterschiedliche Ansätze gefragt. Interreg-Projekte bieten eine gute Möglichkeit, neue Lösungen zu testen, finanzielle Risiken zu senken und Entwicklungskosten durch das gegenseitige Lernen zu reduzieren. Die 2017 vom Deutschen Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e.V. und der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg gegründete Kooperation „TransRegio Alliance“ möchte die verkehrliche Anbindung der ländlichen Regionen untereinander sowie an das europäische Kernnetz stärken. Ebenfalls beteiligt sind die Verkehrs- und Landesentwicklungsmi-nisterien der ostdeutschen Bundesländer. Die Teilnehmer der Arbeitsgemeinschaft sind zudem alle als Partner in verschiedene Projekte der transnationalen Zusammenarbeit zum Thema Mobilität involviert. Dies ermöglicht einen Aus-tausch zu regionalen, nationalen und europäischen Aspekten der Verkehrsanbindung. Das Bundesministerium für Ver-kehr und digitale Infrastruktur fördert das Projekt im Rahmen des Bundesprogramms Transnationale Zusammenarbeit.

Ländlicher Raum wichtiges politisches Handlungsfeld

Ländliche Räume sind wieder ein wichtiges Handlungsfeld der Politik. Und das nicht erst seit dem Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung. Vielmehr beschäftigen sich Planer und Politik bereits seit einiger Zeit mit den Regionen außer-halb der urbanen Zentren. Im Fokus stehen eine Reihe von Handlungsfeldern wie etwa Daseinsvorsorge, Mobilitätsan-gebote und -konzepte, Breitband- und Mobilfunkausbau sowie Unternehmens- und Behördenansiedlungen. Die Ur-

sachen für das steigende Interesse liegen auf der Hand: Einerseits sind es die Herausforderungen durch den demo-grafischen Wandel und die geringe wirtschaftliche Entwick-lung in Schrumpfungsregionen, die nach alternativen Kon-zepten rufen. Auf der anderen Seite stehen die ländlichen Räume im Einzugsgebiet großer Metropolen, die eine Ent-lastung für deren heiß laufende Siedlungsentwicklung und Immobilienmärkte bieten.

Strategien an Regionen anpassen

Sowohl in schrumpfenden als auch in wachsenden ländli-chen Räumen sind Mobilität und verkehrliche Anbindung Schwerpunktthemen. Mit Blick auf die unterschiedlichen Problemlagen müssen allerdings regional differenzierte Strategien zum Einsatz kommen. In Schrumpfungsregio-nen sind bedarfsorientierte und verlässliche Angebote not-wendig, die im Spannungsfeld von sinkender Nachfrage, knappen öffentlichen Kassen und einem rückgehenden Schülerverkehr gestaltet werden müssen. Mittelfristig kön-nen dabei die Digitalisierung und autonom fahrende Busse eine wichtige Rolle spielen. Wichtig sind auch die bessere Vertaktung von Bus- und Bahnverkehr, die Verknüpfung von Personenverkehr und Logistik (z. B. Transport von Frachtgü-tern in Bussen des Personennahverkehrs in den Landkreisen Uckermark und Saalfeld-Rudolstadt), ein besseres Marke-tung und die Ansprache neuer Nutzergruppen.

Reduzieren oder Angebote verbessern?

In Räumen mit Bevölkerungsrückgang geht es oft um die Frage, ob man mit einem entsprechend reduzierten Ange-bot reagiert, oder versucht, entgegen dem Trend mit guten



Intermodaler Haltepunkt der Vogtlandbahn, ©marcografie.de



Multimodaler Knoten „Tim“ in Graz
© Holding Graz – Kommunale Dienstleistungen GmbH

Angeboten eine Nachfrage auch bei neuen Zielgruppen zu stimulieren. Die Erfahrungen beispielsweise in Sachsen-Anhalt zeigen, dass es sich lohnt, genauer hinzusehen und attraktive Offerten auch in einem schwierigen Umfeld zu entwickeln. Die Konzentration des klassischen Linienverkehrs auf starke Achsen muss in dünn besiedelten Räumen mit flexiblen Bedienformen ergänzt werden. Die Beispiele aus der Praxis zeigen: Wenn die Zugangsbarrieren niedrig sind und das Angebot selbstbewusst präsentiert wird, gibt es eine realistische Chance auf Erfolg. Zudem helfen einheitliche Qualitätsvorgaben, die Nachfrage zu bedienen. Dazu gehören abgestimmte Takte, täglich von früh bis spät, am Wochenende, an Feiertagen und in den Ferien.

Herausforderungen in metropolnahen Regionen

In metropolnahen ländlichen Räumen wiederum wird die Wiederaufnahme stillgelegter Schienenverbindungen diskutiert, ebenso wie eine Verdichtung der Takte im Regionalverkehr, die Einbindung in Verkehrsverbünde der Metropoln oder die Überarbeitung der Tarifzonen zur Vermeidung von Pendel- und Parksuchverkehren. Auch der Ausbau von Park & Ride-Plätzen, Möglichkeiten der Fahrradmitnahme oder deren Ausleihmöglichkeiten sind Thema.

Interreg-Projekte entwickeln neue Lösungen

Die sieben Interreg-Projekte, die sich in der 2017 gegründeten TransRegio Alliance austauschen, bieten sowohl für schrumpfende als auch wachsende ländliche Regionen einen guten Rahmen, um Probleme zu analysieren und Lösungen modellhaft zu testen. Die Projekte senken zudem finanzielle Risiken, erleichtern durch den thematisch-fachlichen Austausch die Übernahme von Erfahrungen in anderen Partnerregionen und bieten die Möglichkeit, erfolgreiche Ansätze in den politischen Raum zu kommunizieren. Eines dieser Projekte koordiniert der DV selbst als sogenannter Lead Partner:

Im Fokus von Peripheral Access steht die Verbesserung der Mobilität in ländlichen Räumen, im Hinterland von Ballungsräumen und in Grenzregionen. Das Projekt verbindet Städte, Regionen und Forschungseinrichtungen aus Österreich, Italien, Slowenien, Ungarn, der Tschechischen Republik, Polen und Deutschland. Um eine bessere Mobilität im ländlichen Raum zu erreichen, unterstützt Peripheral Access die Intermodalität und Infrastruktur in den beteiligten Regionen, setzt intelligente Kommunikationstechnologien ein und wendet innovative Kooperations- und Marketingansätze an.

TransRegio Alliance: thematische Kooperation von Interreg-Projekten

Die TransRegio Alliance ist eine Kooperation von Interreg-Akteuren. Sie verleiht dem Wunsch vieler Beteiligten nach einer größeren Vernetzung thematisch verwandter Vorhaben in den Bereichen Verkehr und Mobilität Ausdruck und festigt bestehende informelle Kooperationsstrukturen. Dabei geht es vor allem um eine bessere Anbindung der Regionen an das europäische Kernnetz „Verkehr“ (TEN-V), die Verknüpfung lokaler Knoten mit den zentralen Kernnetzknotten, aber auch um die Stärkung von Stadt-Land-Partnerschaften. Die Arbeitsgemeinschaft baut auf der Berliner Erklärung von 2007 auf. Bei dieser sprachen sich die für Raumordnung zuständigen Vertreterinnen und Vertreter der Länderministerien aus Berlin, Brandenburg, Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt für den Ostsee-Adria-Entwicklungskorridor als wirtschaftlichen Verflechtungsraum und raumordnerisches Leitbild aus.

Politisches Bekenntnis und zusätzliche finanzielle Mittel notwendig

Gute Lösungen für attraktive Mobilitätsangebote in ländlichen Räumen sind nicht zum Nulltarif zu bekommen. Dafür sind mehr als nur Pilotprojekte notwendig: Es braucht ein deutliches Bekenntnis zum öffentlichen Personennahverkehr. Dafür müssen ausreichende finanzielle Ressourcen bereitgestellt werden. Vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussion zur Luftqualität scheint es in diesem Bereich Bewegung zu geben. Der öffentliche Personennahverkehr wird zunehmend wieder als eine Möglichkeit verstanden, viele Menschen effektiv und umweltfreundlich auf den Hauptachsen zu transportieren. Wegen des nach wie vor vergleichsweise hohen Flächenverbrauchs sind selbst Autos mit elektrischem Antrieb keine Alternative.

Klar ist zudem, dass es eine gut funktionierende Anbindung des ländlichen Raumes nur im Zusammenhang mit flankierenden Maßnahmen im urbanen Gebieten geben kann. Die Maut für Innenstädte, ein effektives Parkraum-Management, gute Verleihangebote für Räder und Autos in Stadt und Region müssen gegebenenfalls unterstützen. Regionale Mobilität muss in Zukunft als Gesamtsystem verstanden werden. Denn: Die Stadt von heute ist die Region.

👤 ANSPRECHPARTNER

Dr. Georg Werdermann | g.werdermann@deutscher-verband.org

Digitalisierung für Planungsprozesse und Sektorkopplung nutzen

AG Städtebau und AG Energie setzen sich mit digitaler Transformation auseinander

Die Kooperation „Digitale Städte und Regionen“ unterstützt insbesondere die kommunalen Akteure in Verwaltung, Politik, Stadtwerken, Wohnungsbaugesellschaften und Verkehrsbetrieben bei der digitalen Transformation. Ein Ziel ist, im Zusammenspiel mit einem möglichen zukünftigen Bundesaktionsprogramm einen Wissens- und Erfahrungsaustausch zu fördern, der auf die kommunalen Bedürfnisse ausgerichtet ist. Vor diesem Hintergrund hat der DV als Partner der Verbändekooperation das Thema der digitalen Transformation auch bei seinen Arbeitsgruppen Energie und Städtebau in den Mittelpunkt gerückt.

Digitale Planungsprozesse in Hamburg

Das Thema „Digitalisierung von Planungsprozessen und deren Auswirkung auf die Entscheidungsfindung“ wurde im Rahmen der AG Städtebau am 23. Mai 2018 diskutiert. Aktuelle Anwendungsbeispiele unter anderem aus Hamburg und Berlin zeigten, dass einige Städten die Möglichkeiten der Digitalisierung bereits aktiv nutzen. Dr. Kai-Uwe Krause vom Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung Hamburg stellte den Umsetzungsstand digitaler Planungsprozesse und die damit verbundene Zusammenarbeit in der Metropolregion Hamburg vor. Grundlegende Herausforderung ist die wachsende Bevölkerung in Hamburg und der Bedarf an 10.000 zusätzlichen Wohnungen pro Jahr. Um dieses Ziel zu erreichen, setzt Hamburg auch auf die Chancen der Digitalisierung. Unterstützt wird diese Strategie durch politische Beschlüsse, Verordnungen und administrative Vorgaben. Durch die Einrichtung eines standardisierten Datenformats gelingt es Hamburg bereits heute, Abstimmungsprozesse und den Datenaustausch von Planwerken zu geplanten Bodennutzungen zu erleichtern. Frau Prof. Elke Pahl-Weber, Leiterin der Arbeitsgruppe, betonte, dass eine integrierte, nachhaltige Stadtentwicklung die Grundlage der Digitalisierung sein müsse. Notwendig sei zudem ressortübergreifendes Arbeiten. Anspruch des DV ist es, den Prozess der digitalen Transformation in die Stadtentwicklung zu integrieren.

Strom, Wärme und Verkehr im Quartierszusammenhang betrachten

Auf der Sitzung der AG Energie am 28. März 2018 wurde das Thema Sektorkopplung in Quartiersprojekten erörtert.

Erst technische Lösungen, die sich aus der Digitalisierung ergeben, ermöglichen die Integration von Strom, Wärme und Verkehr im Quartierszusammenhang. Diese Sektorkopplung ist notwendig, um den wachsenden Anteil von Strom aus erneuerbaren Energien effektiv und wirtschaftlich in das Versorgungssystem zu integrieren und die Netzstabilität gewährleisten zu können. Vor allem in Bestandsquartieren ist dies noch sehr schwierig. Aus der Praxis berichtete unter anderem Achim Südmeier, Vertriebsvorstand der RheinEnergie Köln, aus dem Projekt Smart City Cologne zur Stegerwaldsiedlung. Karl-Heinz Frings, Geschäftsführer der GBG Mannheim, sprach über die Transformation eines ehemaligen Wohn- und Arbeitsstandortes der US-Streitkräfte in das Franklin Quartier. Jens Goldmund, Geschäftsführer der Gewobag ED stellte vielfältige Ansätze vor, wie die Sektorkopplung in Siedlungen der Gewobag in Berlin realisiert werden soll. Auf der Sitzung wurde eine Unter-AG gebildet, die sich in den kommenden Monaten vertieft mit dem Thema auseinandersetzen wird.

Experten diskutieren Förderdetails eines möglichen Bundesprogramms

Darüber hinaus fand am 26. Juni 2018 in Berlin ein Expertengespräch der Kooperation „Digitale Städte und Regionen“ statt. Dort brachten die Mitglieder der Kooperation Förderdetails und Ausgestaltung eines notwendigen Bundesaktionsprogramms noch einmal auf den Punkt. Kommunale und kommunalwirtschaftliche Experten aus Handlungsfeldern wie Mobilität, Stadtentwicklung, Netzausbau, Wohnen und Handel gaben Impulse für die praxisorientierte Bearbeitung. Zudem stellten Vertreter der Stadt Graz ihre Erfahrungen mit dem österreichischen Smart City Programm vor, das seit mehreren Jahren läuft. Der Workshop sollte dazu beitragen, eine potenzielle Bundesförderung passgenau auf den kommunalen Bedarf abzustimmen.

ANSPRECHPARTNER

Dr. Georg Werdermann | g.werdermann@deutscher-verband.org
Jens Freudenberg | j.freudenberg@deutscher-verband.org

CO₂-arme Versorgungsinfrastrukturen in Städten

Deutsch-Österreichisches URBAN-Netzwerk diskutiert digitale Lösungsansätze

Leipzig zählt derzeit zu den am stärksten wachsenden Städten Deutschlands und ist auf dem Weg zu einem neuen Selbstverständnis als smarte Stadt – ein Begriff, der fast täglich neu definiert werden muss. Welche Herausforderungen bringt dieses Wachstum für Städte mit sich? Möchte man Modelllösungen in der klimagerechten digitalen Versorgungsinfrastruktur zur Marktreife zu bringen, ist eine entsprechende Förderung von EU, Bund und Ländern notwendig. Damit setzt sich die Stadt Leipzig derzeit auseinander und berichtete als Gastgeberstadt bei der 68. Tagung des Deutsch-Österreichischen URBAN-Netzwerkes am 24. und 25. Mai 2018 von ihren Erfahrungen.

Die Europäische Union hat sich für das Jahr 2030 ein ehrgeiziges Ziel gesetzt: Die Treibhausgase sollen dann um 40 Prozent niedriger sein, als sie es 1990 waren. Das stellt hohe Anforderung an Kommunen und Städte, ihre CO₂-arme Energieversorgung sowie städtische Mobilitätskonzepte. Zwei Fachbereiche, die immer stärker miteinander verzahnt werden müssen. Ohne Digitalisierung ist die

Energie- und Verkehrswende somit nicht lösbar. Nur mithilfe intelligenter Technik können Nutzungen miteinander kombiniert und Partner in neue Projekte geholt werden, die vorher nicht vernetzt waren. Dr. Beate Ginzler vom Leipziger Amt für Stadtentwicklung erläuterte diesen Prozess anhand des Smart City Projektes „Triangulum“. Dabei wird ein energie-neutraler Stadtbezirk errichtet – ihr „Laborraum“, wie sie betonte. Die Stadt Leipzig hat seit einigen Jahren das Thema „Smart Cities“ im Amt für Stadtentwicklung angesiedelt, um über die integrierte Stadtentwicklung andere Fachreferate und deren Experten besser koordinieren zu können. Diese Entwicklung steht letztlich im Spannungsverhältnis zwischen den Polen Technik und Soziales. Eine entscheidende Anforderung ist es, die Bürger in den Smart-City-Prozess einzubeziehen. „Wir dürfen die Bürger bei hochinnovativen Prozessen nicht verlieren“ betonte deshalb auch der Leipziger Bürgermeister Rosenthal in seiner Eröffnungsrede.

ANSPRECHPARTNER

Jonas Scholze | j.scholze@deutscher-verband.org

Deutsche Kommunen können weiterhin auf EU-Förderung hoffen

Verordnungsentwürfe für die europäischen Strukturfonds veröffentlicht

Am 29. Mai 2018 veröffentlichte die EU-Kommission ihre Verordnungsentwürfe zur Neuausrichtung der europäischen Regional- und Strukturförderung für die Programmperiode 2021 bis 2027. Damit ist die Verhandlungsrunde mit dem Rat und dem Europaparlament formal eingeläutet. Deutschland wird trotz der Bereitschaft zu höheren Einzahlungen in den EU-Haushalt 21 Prozent weniger Regionalfördermittel erhalten. Die verbleibenden 15,7 Milliarden Euro sollen allerdings in alle Bundesländer fließen. Selten zuvor stand daher die Frage nach dem „europäischen Mehrwehrt“ einzelner Fördertöpfe so stark im Zentrum wie bei der aktuellen Debatte. Als zentrale Zukunftsaufgaben sieht die Kommission die Sicherung der globalen Wettbewerbsfähigkeit sowie die Bekämpfung des Klimawandels. Der größte Teil der Förderung wird künftig in Maßnahmen für intelligentes und innovatives Wachstum mit der Unterstützung bei der Digitalisierung fließen, in den Ausbau der Forschungslandschaft, die Minderung des CO₂-Ausstoßes, in die Integration von

Migranten und benachteiligten Bevölkerungsgruppen sowie in Gesundheitsinvestitionen. Unter dem übergeordneten Ziel eines „bürgernahen Europas“ werden aber auch weiterhin integrierte Entwicklungsstrategien gefördert. Dies umfasst sowohl städtische Gebiete mit besonderem Entwicklungsbedarf als auch funktionale, interkommunale Gebiete (z. B. für ein stadregionales Energiekonzept). Mindestens sechs Prozent der nationalen Mittel sollen dafür eingesetzt werden – bislang waren es fünf. Etwas Unklarheit birgt die Ankündigung einer „Europäischen Stadtinitiative“, die ausschließlich durch die EU-Kommission koordiniert werden soll. Dazu gehören kommunale Austauschprogramme wie URBACT, innovative städtische Pilotprojekte sowie die Städtische Agenda der EU – Themenfelder also, in denen die Mitgliedstaaten derzeit ein gehöriges Mitspracherecht haben.

ANSPRECHPARTNER

Jonas Scholze | j.scholze@deutscher-verband.org

DV koordiniert Projekt zur Neuerarbeitung der Leipzig-Charta

Die im Jahr 2007 unter deutscher EU-Ratspräsidentschaft verabschiedete Leipzig-Charta gab dem europäischen Verständnis integrierter Stadtentwicklung nachhaltige Impulse. Die Prinzipien der Charta sind heute so aktuell wie damals. Allerdings haben sich die politischen Rahmenbedingungen und die Herausforderungen verändert, denen Städte gegenüberstehen. Es ist also an der Zeit, die Leipzig-Charta mit Hinblick auf die deutsche EU-Ratspräsidentschaft im Jahr 2020 weiterzuentwickeln.

Dafür wurde das Projekt „Möglichkeiten und Strategien der deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2020“ initiiert, das der DV gemeinsam mit dem European Urban Knowledge Network EUKN und der BTU Cottbus-Senftenberg umsetzt. Das Vorhaben ist gefördert aus dem Forschungsprogramm

„Experimenteller Wohnungs- und Städtebau“ (ExWoSt), Auftraggeber sind das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat sowie das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung. Mit einem Dialogprozess auf nationaler und internationaler Ebene sowie einer wissenschaftlichen Grundlagenstudie sollen Themen, Prinzipien und Trends der integrierten Stadtentwicklung in Europa herausgearbeitet und auf ihre Zukunftsrelevanz für ein Nachfolgedokument hin geprüft werden. Der Prozess startete mit dem Auftakt zum nationalen Dialog am 28. Juni 2018 in Berlin.

ANSPRECHPARTNER

Jonas Scholze | j.scholze@deutscher-verband.org

Heike Mages | h.mages@deutscher-verband.org



TERMINE

6. September 2018 | Lüneburg

Herausforderungen der klimafreundlichen Quartiersentwicklung | ENERGIEFORUM 2018

17. September 2018 | Frankfurt am Main

Informationsveranstaltung zum europäischen URBACT-Programm | Bundeskongress Nationale Stadtentwicklungspolitik

20. September 2018 | Berlin

Energiewende im Quartier – Herausforderungen für Energieversorger | Fachkonferenz im Rahmen des KfW-Förderprogramms Energetische Stadtsanierung

26. November 2018 | Berlin

Wohnungsbaupolitik zwischen Wunsch und Wirklichkeit
ifs Wohnungspolitisches Forum

NEUE MITGLIEDER

ProPotsdam GmbH, vertreten durch Bert Nicke (Geschäftsführer)

Wir heißen unser neues Mitglied herzlich willkommen und wünschen eine gute Zusammenarbeit!
